



## Internationaler Frauentag: Wir brauchen eine offensive Gleichstellungspolitik

Internationaler Frauentag: "Wir brauchen eine offensive Gleichstellungspolitik" Ein Gastbeitrag von Anke Domscheit-Berg  
Vor 102 Jahren hat Clara Zetkin die Einführung eines internationalen Frauentages vorgeschlagen. Damals hatten Frauen noch nicht einmal das Wahlrecht, viele Bildungs- und Berufswege waren ihnen verschlossen. Heute machen Mädchen mehr als die Hälfte der Abiturienten aus und ebenfalls knapp die Hälfte aller Studienanfänger an Hoch- und Fachhochschulen. Die Vorstellungen von jungen Frauen unterscheiden sich heute kaum noch von denen junger Männer: sie wollen sich im Beruf verwirklichen, wirtschaftlich unabhängig sein und Zeit für ihre Familie haben. Auch wenn sie es heute leichter haben als die Generationen vor ihnen, werden auch viele dieser jungen Frauen noch an gläserne Decken stoßen, die ihnen sowohl in der Wirtschaft als auch in Wissenschaft, Kultur, Politik und Verwaltung Karrierepfade erschweren. Unsere Gesellschaft ist nach wie vor stark geprägt von einem gestrigen Rollenbild. Wenn im August dieses Jahres der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz in Deutschland greift, werden immer noch über 200.000 Plätze fehlen und vielen Müttern damit keine Wahl gelassen. Das von der Regierungskoalition beschlossene Betreuungsgeld ist ein Almosen, das noch mehr Frauen aus der Berufswelt fern hält, aber es ist kein Ersatz für Wahlfreiheit. Nach unserer Verfassung sind Männer und Frauen gleichberechtigt, aber immer noch gibt es einen geschlechtsabhängigen Gehaltsunterschied, fast den höchsten in ganz Europa. Dieser Gehaltsunterschied ist besonders groß in technischen Berufen und bei Führungskräften - ein falsches Signal an Frauen, die gerade in diesen Bereichen unterrepräsentiert sind. In den 200 größten Unternehmen Deutschlands finden sich immer noch 97% Männer in den Vorständen. An der mangelnden Qualifikation von Frauen liegt das nicht, viele Barrieren behindern Frauen beim Aufstieg. Die Steuergesetzgebung in Deutschland orientiert sich immer noch an einem längst nicht mehr zeitgemäßen Ernährermodell. Das Ehegattensplitting soll Familien fördern, aber es fördert den Unterschied zwischen Ehepartnern - je größer der Gehaltsunterschied zwischen Eheleuten, umso höher die Steuersubvention. Gleichberechtigt zum Familieneinkommen beitragende Ehepartner erhalten keinerlei steuerlichen Vorteil. Das ist das Gegenteil von staatlicher Förderung der Gleichberechtigung, zu der die Bundesregierung ebenfalls durch die Verfassung verpflichtet ist, und im Jahr 2013 ein Skandal. Wir PIRATEN fordern die Abschaffung staatlicher Regelungen, die einem modernen und gleichberechtigten Lebensmodell von Männern und Frauen entgegenstehen. Dazu gehören das Betreuungsgeld und das Ehegattensplitting. Piraten wollen, dass alle Menschen unabhängig vom Geschlecht frei wählen können, wie sie Berufs- und Familienarbeit teilen und organisieren. Für diese freie Wahl braucht es qualitativ und quantitativ ausreichende Kinderbetreuung. Wir können im eigenen Land bessere Lösungen finden, wie sich mehr Chancengleichheit für Frauen erreichen lässt. In den neuen Bundesländern beträgt der Gehaltsunterschied nur sechs Prozent. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist dort erheblich höher, darunter finden sich besonders viele Mütter - anders als in Westdeutschland, wo sich Frauen häufiger zwischen Kindern und Karriere entscheiden müssen. Es ist für ein modernes Land nicht hinnehmbar, dass Frauen sich gegen Kinder entscheiden müssen, wenn sie beruflich keine Nachteile erleiden wollen. Hier sind neben besseren staatlichen Rahmenbedingungen auch die Unternehmen gefordert, die bei Beförderungs- und Besetzungsentscheidungen noch viel zu oft Frauen mit Kindern oder potenziellem Kinderwunsch benachteiligen und deren Arbeitskultur ein normales Familienleben gerade in Führungspositionen häufig nicht zulässt. Für eine gleichberechtigte Gesellschaft müssen wir jedoch alle an Veränderungen arbeiten. Männer sind aufgerufen, sich stärker an Familienarbeit zu beteiligen - Hausarbeit und Pflege sind keine Frauenaufgaben. Alltagssexismus darf nicht durch Bezeichnungen wie "Herrenwitz" oder "Tugendfuror klein geredet werden. Sexismus ist keine Banalität, sondern der Nährboden, auf dem sich Gewalt gegen Frauen entwickeln kann. Jede vierte Frau in Deutschland hat Gewalt erlebt. Diesem offensichtlich massiven Problem kann man nicht mit Ignoranz begegnen, man muss sich stattdessen mit all seinen Wurzeln befassen und sie bekämpfen. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern basiert auf der Grundannahme, dass Menschen unabhängig vom Geschlecht gleiche Ansprüche, Rechte und Pflichten haben sollen. Das ist auch die Vision der Piratenpartei. Wir glauben, dass unsere Gesellschaft eine glücklichere sein wird, wenn wir diese Vision gemeinsam erreichen. Sie ist auch für Männer eine Chance, da auch ihr Leben freier und reicher wird, wenn niemandem mehr Rollen zugeschrieben werden.  
Piratenpartei Deutschland  
Pflugstraße 9a  
10115 Berlin  
Deutschland  
Telefon: +49 30 27572040  
Telefax: +49 30 609897-517  
Mail: bgs\_anfragen@piratenpartei.de  
URL: <http://www.piratenpartei.de>  
[http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_=525379](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=525379) width="1" height="1"

### Pressekontakt

Piratenpartei Deutschland

10115 Berlin

piratenpartei.de  
bgs\_anfragen@piratenpartei.de

### Firmenkontakt

Piratenpartei Deutschland

10115 Berlin

piratenpartei.de  
bgs\_anfragen@piratenpartei.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage